

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 30 M. zuzüglich der jeweils geltenden Postgebühren	Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1	Schluß des Blattes: Donnerstag mittag 12 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 25 M. für die dreigespaltene Zeile oder deren Raum berechnet
---	---	--

Und nochmals Goldlöhne! Von Artur Saternus.

Die Erörterung der Goldlöhne hat durch die letzten Vorgänge am Waren- und Devisenmarkt einen neuen Anstoß erhalten. Sie muß mit aller Sachlichkeit zu Ende geführt werden; denn es handelt sich um eine für die Existenz der Arbeiterklasse, für die Erhaltung unserer Arbeitskraft und damit der Produktionskraft des Volkes außerordentlich wichtige Frage. Grundlegend für die Aussprache über das Problem, die neuerdings von den Gewerkschaftsblättern wieder geführt wird, ist ein Artikel, den Fritz Larnow in der „Goldarbeiterzeitung“ vom 23. September geschrieben hat. Larnow legt dar, daß sich die Entwicklung zu den Goldlöhnen zwangs-läufig vollzieht. Mit unabweisbarer Konsequenz kommt sie von den Warenpreisen her. Die Mark besteht bei dem Großhandel und bei den Produzenten nicht mehr als Wertmesser, sondern nur noch als Zahlungsmittel, deren Wert bereits „fixiert“ ist, indem man ihn nach dem jeweiligen Stand des Dollars bemißt. Man legt Rechnung in Auslandswährung und bestimmt danach die Preise in Mark. Industrie, Handel, ja selbst die Landwirtschaft verfahren heute so. Wo das nicht offen ausgesprochen wird, nimmt man einen andern Wertmesser, nämlich die Kleipreise oder die Preise des freien Marktes — zum Beispiel für Getreide — die sich bei dem Ueberwiegen der Nachfrage dem Dollarkurs automatisch anpassen. Heute teilen sich in die Gefahr der Geldentwertung nur noch Kleinhandel und Verbraucher, die beide mit Papiermark rechnen müssen. Aber auch der Kleinhandel lehnt sich dagegen auf, indem er den Wiederbeschaffungspreis fordert, der mit dem Marktpreis fast gleichbedeutend ist, und man hat sich schon zu Zugeständnissen an ihn herbeilassen müssen. Scheidet auch der Kleinhandel als Risikoträger für die Geldentwertung aus, so bleibt nur noch die Verbraucherschaft, also in der großen Masse Arbeiter und Festbesetzer, die mit Papiermark rechnen. Auch sie werden gezwungen, einen festen Maßstab für ihre Entlohnung zu suchen, sollen sie nicht gänzlich der Verelendung preisgegeben werden. Das sind eben die Goldlöhne. Damit ist nicht gesagt, daß man die Friedenslöhne wieder erreicht; denn die Höhe der Löhne richtet sich nach der jeweiligen Wirtschaftslage. Aber die Arbeiterklasse wird durch den Warenmarkt dazu gedrängt, auch für ihre Arbeiterklasse einen Goldmaßstab zu suchen.

Das ist im wesentlichen und mit einigen Ergänzungen der Gehalt der Ausführungen Larnows. Zweifellos ist diese ganze Entwicklung zwangsläufig, und die Gewerkschaften werden sich früher oder später darauf einstellen müssen. Sollte es notwendig werden, daß die Gewerkschaften ihrerseits die Forderung nach Goldlöhnen erheben, so wird es gut sein, vorher die Grenzen und die Möglichkeit ihrer Durchführung sorgfältig abzuwägen.

Soweit die Goldlöhne den Versuch vorstellen, die Arbeiterklasse vor der Geldentwertung zu schützen, ist die Erörterung des Problems durchaus nicht neu. Auch die gleitende Lohnskala, die noch vor kurzem von vielen sehr eindringlich verfochten wurde, verfolgt den gleichen Zweck, nämlich die automatische Anpassung der Löhne an die Warenpreise. Worin unterscheidet sich nun der Indexlohn von dem Goldlohn?

Der Indexlohn baut sich auf auf dem Durchschnitt der Warenpreise im Kleinhandel. Nicht der äußere Stand des Geldes ist maßgebend, sondern die Kaufkraft der Währung, gemessen an den Warenpreisen des inländischen Handels. So ist die gleitende Lohnskala in Oesterreich durchgeführt; sie löst aber neuerdings auf Schwierigkeiten, weil die Unternehmer behaupten, die „hohen Löhne“ nicht zahlen zu können. Dabei ist der Indexlohn weit entfernt davon, wirklich mit der Bewegung Schritt zu halten. Aus technischen Gründen und infolge der unangenehm schwankenden Preise ist es notwendig, Durchschnittspreise für einen längeren Zeitraum zu ermitteln. So kam es, daß die Höhe der Durchschnittspreise für den bezugenen Monat kaum festgestellt wurde, während die inländischen Warenpreise sich schon bedeutend stärker erhöht hatten als der Index anzeigte. Kaum aber wird der Index bekannt, so berechneten in Oesterreich die Kaufleute, entsprechend der gemessenen Preissteigerung, nochmals Aufschläge auf die Warenpreise mit dem Erfolg, daß nun wiederum die Preise den Löhnen voraneilten. Die äußere Entwertung der Krone wurde zeitweilig sogar von der inneren Entwertung überholt, und es ist heute bekannt, daß Oesterreich mit ihrer österreichischen Entlohnung trotz des

katastrophalen Standes der Valuta in Deutschland billiger leben als in ihrer Heimat.

Dies Beispiel zeigt die Anwendung der gleitenden Lohnskala mit ihren Folgen. Eine gewisse Anpassung der Löhne und Gehälter an die Warenpreise wurde freilich erzielt, die erwarteten Erfolge aber nicht erreicht. Goldlöhne nun hätten sich von vornherein stärker nach dem Auslandswert des Geldes zu richten, also nach der Valuta. Daß damit die Friedenslöhne ohne weiteres nicht erreicht werden können, hat Larnow bereits erwähnt und auch Genosse Erwin Warth kürzlich in einem Artikel schlagend nachgewiesen. Bis zu einem gewissen Grad wären die Friedenslöhne auch unbedeutend, solange es Gebiete im deutschen Warenmarkt gibt, die nicht mit der Geldentwertung Schritt halten. Das ist zum Beispiel beim Wohnungsmarkt, bei den Eisenbahn- und Straßenbahnfahrten, schließlich beim Brotpreis der Fall. Dächte man nun daran, mit Goldlöhnen den Lohnbewegungen die Richtung zu geben, die früher oder später zu einer Erreichung der Vorkriegslöhne führen soll, so müßten folgerichtig auch die Beschränkungen in der Preisbildung am Warenmarkt restlos abgebaut werden; andernfalls läme infolge der steigenden Preise und Löhne die Notwendigkeit zum Entgegen und die Produktionskraft vieler Staats- und industriellen Unternehmungen wäre vernichtet. Will man aber Goldlöhne festsetzen, die den aus sozialen Gründen er-mäßigten Preisstand einzelner inländischer Waren und Leistungen berücksichtigen, so müße ein Maßstab dafür gefunden werden, welcher Ab-schlag von der Goldmark von vornherein abzurechnen wäre. Aber auch dann vertieft die Frage noch nichts von ihrer Schwierigkeit. Eine automatische Anpassung der Löhne an die Warenpreise hätte — das erwählte Larnow bereits — die Folge, daß die Löhne auch mit der Valuta zurückgehen, während nach einem allgemeinen international beobachteten Gesetz die Kleinhandelspreise sowohl im Falle als im Steigen langsamer den von der Valuta bedingten Großhandelspreisen folgen. Es ist also dann der Fall möglich, daß die Löhne bereits zurückgehen, ehe noch die Preise gesunken sind, und daß eine Besserung der Mark dann mit ihren nachteiligen Folgen ebenso auf Arbeitnehmer abgewirkt wird, wie bisher das Sinken der Mark von den breiten Massen begahnt wurde. Auch hier müßten Sicherungen geschaffen werden, ehe man Goldlöhne grundsätzlich durchzuführen kann. Auf die Folgen der Goldlöhne am Arbeitsmarkt einzugehen erübrigt sich, nachdem Genosse Erwin Warth diese Seite besonders betont hat.

Die Einführung von Goldlöhnen wäre also mit großen Schwierigkeiten behaftet und müßte mit großer Sorgfalt vorbereitet werden. Ist es dann nicht besser, die ganze Kraft der Arbeiterklasse auf eine Politik zu konzentrieren, die eine Stabilisierung der Valuten rücksichtslos anstrebt? Hierzu gehört zunächst eine Steigerung der Produktion, eine Unterbindung der überflüssigen Einfuhr und eine Förderung der Qualitätsausfuhr. Eine wachstlose Förderung der Warenausfuhr, etwa durch Verschleuderung von Waren, würde Gegenmaßnahmen der fremden Staaten heraufbeschwören und sich damit gegen Deutschland selbst richten. Dann aber sollte ganz ernsthaft der Gedanke aufgegriffen werden, der in der Resolution Hifferding vom Generar Parteitag seinen Ausdruck gefunden hat. Jetzt, während des Moratoriums, sollte endlich auch mit dem Geld der Reichsbank Maß-nahmen ergriffen werden und den sinnlosen Schwankungen der Mark mit allen Mitteln Einhalt geboten werden. Daß dabei kritische Erörterungen auf dem Arbeitsmarkt unvermeidlich sind, liegt auf der Hand, weil eine jede derartige Umstellung die Reinigung der kapitalistischen Wirtschaft von den unwirtschaftlichen Betrieben erforderlich macht.

Inflation und Deflation.

Inflation und Deflation waren vor dem Kriege den weitesten Kreisen unbekante Begriffe. Heute sind es Weltwörter. Sie bezeichnen Erscheinungen von größter Tragweite, Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts, hervorgerufen durch die Kriegswirtschaft.

Das Wesen der Inflation, unter der Deutschland seit dem Kriege leidet, erkennen wir am besten, wenn wir uns einen Reichsbankausweis vornehmen und uns daran vergegenwärtigen, wieviel Geld wir gegenüber dem Zustand vor dem Kriege heute in Deutschland haben.

Der Status der Reichsbank in der letzten Aprilwoche 1922 entfällt folgende Angaben:

Noten	140,4 Milliarden Mark
Darlehensklassenscheine	0,2 „ „
zusammen	140,6 Milliarden Mark

Die von 6 bis 7 auf rund 150 Milliarden Mark, also um das 20- bis 25fach gesteigerte Geldmenge mußte natürlich den Wert des Geldes stark vermindern, da diesem Plus an Zahlungsmitteln nicht auch gleichzeitig eine entsprechende Vermehrung der Waren und Dienstleistungen, die damit gemessen werden, parallel ging, sondern im Gegenteil die Produktion fiel. Es hand also einer verkleinerten Warenmenge eine vergrößerte Geldmenge gegenüber. Dazu kam eine gewaltige Kredit- und Depositionsexpansion, die in der gleichen Richtung das Verhältnis von Geld und Waren zugunsten des Geldes verschob. Die Folge war eine gewaltige Verminderung des Geldwertes, das heißt seiner Kaufkraft. Verminderte Kaufkraft aber bedeutet, daß man für die Erlangung einer Ware mehr Geld hergeben muß, mit andern Worten, gestunene Valuta bedeutet erhöhten Preis.

Die Umwandlung des deutschen Volkvermögens in Papierwerte und die dadurch herbeigeführte übermäßige Anschwellung der Vermögen und Entkommen ist es, die wir als Inflation bezeichnen, die Preissteigerung ist nur ihr äußeres Kennzeichen.

Das Angeführte, Trügerische und Gefährliche dieser Erscheinung liegt darin, daß sie das ganze Volk in zwei Klassen zerlegt: in die Begünstigten, die Nutznießer der Geldentwertung und in die Benachteiligten und Verarmten. Da die Arbeiter und Angestellten nicht instand gewesen sind, ihre Löhne und Gehälter den gestiegenen Warenpreisen, hier also den vermehrten Lebenshaltungskosten anzupassen, sondern diese hinter jenen beträchtlich zurückgefallen, so gehören auch sie zu den Leidtragenden und Retrogenen des großen Geldentwertungsprozesses.

Nachdem nun von 1914 bis 1922, also rund 7 Jahre lang die Wirkungen der Inflation sich in Deutschland geltend gemacht, die wirtschaftliche und soziale Differenzierung verschärft und eine schwebende Hochkonjunktur der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels hervorgerufen haben, scheint es nun, daß wir jetzt auf einen Höhepunkt gelangt sind und an Stelle der Inflation die Deflation sich greifen wird. (Dieser Auffass. steht längerer Zeit gekehrt, mußte wegen Raummangels immer wieder zurückgestellt werden. Was der Verfasser bei der Niederschrift als Höhepunkt bezeichnete, hat sich seitdem als ein kurzer Stillstand erwiesen. Die Geldentwertung ist weitergegangen und damit auch die Inflation. Die Schiffstellung.)

In den andern Ländern, Amerika, England, Holland, der Schweiz usw. ist die Entwicklung bereits seit längerer Zeit in vollem Gange: sinkende Preise und Abbau der Löhne sind die äußeren Kennzeichen. Auch dort, wo die Geldmenge nicht vermindert ist, wie zum Beispiel in der Schweiz, hat doch die Verlangsamung des Geldumlaufs die gleiche Wirkung herbeigeführt. Abschweifigkeiten und Arbeitslosigkeit sind die Folgen der Deflation. Daher sehen wir in diesen Ländern große Warenmassen und große Heere von Arbeitslosen.

Wie steht es nun bei uns? Nach der ungeheuren Preissteigerung der letzten Monate, die im Juli 1921 begann, sich im November und den folgenden Monaten stark verschärfte und bis jetzt (Mai 1922) angehalten hat, ist die Differenz, die bisher zwischen den Preisen des Inlandes und denen des Auslandes bestand, immer kleiner geworden. Wenn die Weltmarktpreise sinken und die Preise in Deutschland steigen, so muß ein Punkt eintreten, wo sich beide Preislinien schneiden. Dieser Punkt ist bereits für verschiedene Waren erreicht, ja überschritten. So ist zum Beispiel jetzt englische Kohle billiger als deutsche, so daß Hamburg nicht mehr aus Westfalen, sondern aus England Kohlen bezieht. Auch die Weltpreise steigen bereits unter dem Weltmarktpreis und haben daher sinkende Tendenz.

Der Weltmarktpreis ist zwar keine einheitliche Größe, denn die Valuten der einzelnen Länder sind sehr verschieden und auch die Kurse ihrer Zahlungsmittel weisen beträchtliche Differenzen auf. Man kann aber für die Berechnung des Weltmarktpreises den Kurs des Geldes des jeweiligen Landes zugrunde legen, das in der heutigen Weltwirtschaft eine Vormachtstellung einnimmt. Dieses Land sind die Vereinigten Staaten. Daher ist der Kurs des Dollars heute der Maßstab für den Weltmarktpreis geworden. Weist nun der Dollar einen Kurs auf, der umgerechnet in deutsche Mark den Preis einer Ware im Auslande gerade so hoch erscheinen läßt wie im Inlande, so sagen wir, daß die deutsche Ware den Weltmarktpreis erreicht hat. Sie kann nicht mehr wesentlich höher steigen, weil, wenn dieses doch der Fall wäre, sofort die ausländische Konkurrenz den Preis der betreffenden Ware wieder herunterdrücken müßte. Je mehr die Preise im Auslande fortschreiten und die Warenpreise sich dort er-mäßigen, desto mehr muß, wenn wir von andern wertbestimmenden Faktoren absehen, in Deutschland die Preise sinken, desto mehr auch in Deutschland sinken die Preise.

Diese Wirkung der Preissteigerung der Weltmarktpreise ist es, die wir als Deflation bezeichnen. Wir haben bereits, daß der Zustand immer neuer

Raufkraft in Gestalt neuer Noten die Preislawine anschwellen ließ. Dieser Motor soll aber nunmehr zum Stillstand kommen. Die Notenpresse soll nicht mehr für die Deckung des Reichsdefizits arbeiten. An ihre Stelle soll eine große Goldanleihe in Höhe von einer Milliarde Gold, gleich 80 Milliarden Papier, treten und andererseits neue Steuern. Gelingt dieses, dann ist die Quelle für weitere Inflation verstopft und auch Deutschland tritt dann in den großen Prozeß ein, der bereits in den wichtigsten Ländern der Welt in vollem Gange ist und der nichts anderes veranlaßt als die Tatsache, daß der Krieg den Reichtum der Völker vermindert hat und daß sie sich in ihrem Konsum dieser verkleinerten Wäris anpassen müssen.

Die Periode des Abbaus der Preise, der wir dann entgegengehen, wird verknüpft sein mit allen Erscheinungen, die die Deflation bereits in anderen Ländern aufweist. Sie gleicht einem großen Stumpf, in den viele verfallene, zahlreiche Unternehmungen, die nicht ganz gefestigt dastehen, werden unter die Räder kommen. Eindeutige Preise haben für die Produzenten die entgegengesetzte Wirkung wie steigende. Sie lähmen die Produktion und setzen Arbeitskräfte frei. Nur durch ganz starke Organisation können die Angestellten und Arbeiter wenigstens einen Teil der Schwierigkeiten, in die sie die Deflation bringen wird, überwinden.

Die Hauptfrage wird sein, daß diese Periode, die nunmehr auf sieben Inflationsjahre mit ihren steigenden Preisen folgt, nicht ebenso lange dauert, und daß es gelingt, sie durch die Öffnung der osteuropäischen Märkte abzufügeln und weniger unheilvoll für unsere Wirtschaft zu gestalten, als dies ohne die Möglichkeit, für den Export nach dem Auslande, wenigstens einen Teil der sonst Arbeitslosen zu beschäftigen, der Fall sein würde.

Dr. Stillsch.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß der unsern Lesern aus seinen aufkläreren Aufsätzen über wirtschaftswissenschaftliche Fragen bekannte Verfasser vorliegender Aufsätze, Dr. Oskar Stillsch, als Dozent an der Humboldthochschule sowie an der Volkshochschule in Berlin wirkt, und zwar an der Humboldthochschule schon seit 1898, also beinahe 25 Jahre. Anlässlich seines 50. Geburtstages, am 28. September dieses Jahres, haben Kollegen, Mitarbeiter, Hörer und Freunde Dr. Stillsch in einer Schrift „Bei wem studiert man mit Erfolg Nationalökonomie?“ seiner Verdienste um das Hochschulwesen gedacht. Er wird darin als einer der ersten Förderer des Volkshochschulgedankens und als ein Freund und Führer der Jugend gefeiert. Die Art seiner Lehrtätigkeit wird von allen Hören, die sich in dieser Schrift darüber äußern, dankbar anerkannt. Wir schließen uns dem Wunsch seiner Freunde an und wünschen ihm noch eine jahrzehntelange, fruchtbare Lehrtätigkeit. (Schriftleitung.)

Ein Erfolg der Verbandszerstörer. Der Bezirksverein Aue i. Erzgeb. stellt sich außerhalb des Verbandes.

In Aue hat die von der Chemnitzer Gattinstraßenorganisation betriebene Zerstörungsarbeit zum Bruch mit dem Verbande geführt. Trotz ernster und wiederholter Mahnungen und Verwarnungen durch den Verbandsvorstand beschickte die Vereinsleitung kommunistische Tagungen, nahm sogar der Vereinsvorsitzende an Zusammenkünften des kommunistischen Chemnitzer Verbandes teil, unterstützte der Verein diese Gegenorganisation durch Geldmittel, Vertrieb von Fraktionsmarken, Flugblätter, Zeitungen und andere Dinge. Gegen unsern Verband gerichtete Belästigungen des Chemnitzer Gattinstraßenverbandes wurden sogar in unserm Vereinsbureau ausgeführt. In den Versammlungen hielten Angehörige der Gattinstraße Geheben gegen den Verbandsvorstand und gegen die Verbandseinheit. Auf die Spitze getrieben wurde dieser Streit gegen das klare Verbandsrecht dadurch, daß der Verein Aue in Widerspruch mit Satzungen und Richtlinien im Laufe dieses Sommers einen Streit einleitete, zu diesem Zweck bei der Chemnitzer kommunistischen Organisation eine Anleihe von 200 000 M. aufnahm und dem Verbande bis zur Rückzahlung die Beiträge sperre.

Demgegenüber forderte der Verbandsvorstand von dem Verein Aue Pflicht und satzungsgemäß, daß er der Verbandsklasse gegenüber die Schuld anerkenne, die durch den satzungswidrigen Streit entstanden ist, daß er die am Schluß des 3. Quartals noch vorhandenen Hauptkassengelder unverzüglich der Hauptkasse übermittle, daß der Verein, insbesondere der Vereinsvorstand die Erklärung abgebe, in Zukunft die Satzung einzuhalten, wie überhaupt die Verbandsverfassung für sich als verbindlich anerkennen zu wollen. Der bisherige Vereinsvorsitzende, Hermann Zettel, das Hauptverzeiger der Chemnitzer Verbandszerstörer, gab in einer Generalversammlung am 15. Oktober selbst zu, daß der Verbandsvorstand die Mittel für den satzungswidrigen Streit gar nicht bewilligen könne. Trotzdem wurden die gültigen Beschlüsse eines Vertreters des Verbandsvorstandes, den Streit beizulegen in den Wind geschlagen, ebenso sein Hinweis auf den Beschlußverbot beim Verbandsauschuß und beim Bundestag. Die Warnung vor den Folgen dieses satzungswidrigen Verhaltens wurden verachtet.

Anstatt den vom Vorstandvertreter geeigneten Weg der Versöhnung zu betreten, beschloß die Generalversammlung, den Zahlstellen einen Antrag zu überreichen, wonach an Stelle des „Grundstein“ der Chemnitzer „Bauarbeiter“ bestellt werden sollte. Zettel und sein Anhang schwachen den Kollegen vor, wenn der Verbandsvorstand die Streitunterstützung nachträglich bewilligt hätte, so wäre alles gut gewesen. Dabei war die Unterstützung von den inzwischen eingegangenen Hauptkassengeldern bereits bezahlt worden, darüber hinaus waren sogar noch 261 000 M. Hauptkassengelder am Schluß des 3. Quartals am Orte vorhanden. Hätte der Verbandsvorstand dies Geld der Verbandsklasse zugeführt und ordnungsmäßig abgerechnet, und hätte sich die General-

versammlung im übrigen auf den Boden der Verbandsfassung gestellt, so wäre eine Verständigung sehr wohl möglich gewesen. Aber in Aue wollten die von der Chemnitzer Gattinstraße angeführten Quertreiber keine Verständigung, die Verbandszerstörung sollte vollständig sein. So, um eine Verständigung unter allen Umständen zu hintertreiben, ließen Zettel und Genossen am 17. Oktober in einer Versammlung der Zahlstelle Aue beschließen, die Beitragsmarken unseres Verbandes einzuziehen, und dafür Marken des kommunistischen Verbandes herauszugeben. Den Geschäftsführer des Vereins, den Kollegen Josef Müller, der im Sinne der Satzungen und Verbandsratsbeschlüsse vom Vorken alle Mittel für den Verein gearbeitet hat, entthron man kurzer Hand seines Amtes, verbot ihm, das Vereinsbureau ferner zu betreten und setzte Zettel an seine Stelle. Mit der Durchführung dieser Beschlüsse ging die Gemeinshaft, die den bisherigen Verein Aue mit dem Gesamtverbande verbunden hatte, vollständig in die Brüche.

In diesem Falle beschloß also eine Zahlstellenversammlung die Zerstörung des ganzen Bezirksvereins. Auch die Generalversammlung am 15. Oktober faßte ihre verhängnisvollen Beschlüsse mit nur 26 Stimmen. Von 25 Zahlstellen waren nur 9 vertreten. Das müssen sich unsere Mitglieder ganz besonders merken; denn die Anführer in diesem traurigen Kapitel nehmen wohl immer den Mund voll von dem Mitbestimmungsrecht der großen Masse, sie preisen aber auf den Mehrheitswillen, wenn es um die Befriedigung ihrer kommunistischen Machtgier geht. Die Verbandsarbeiten gelten nach der Meinung Zettels und seiner Gesinnungsgenossen nur für den Verbandsvorstand und für die übrigen Vereine. Für sich und für den Verein Aue beanspruchten die Leute, nach eigenem Gutdünken im Verbandsrat zu sitzen und zu wüten.

Der Verbandsvorstand hat es nicht an Versuchen fehlen lassen, dem Verein auf gutlichem Wege das Wiedererordnen in den Verband zu ermöglichen. Leider sind diese Versuche durch die Schuld des von dem kommunistischen Verein in Chemnitz fanatisierten Zettels und seines Anhanges vergeblich geblieben. Der Verein Aue hat auf seinem satzungswidrigen Standpunkt verharrt und sich damit außerhalb des Verbandes gestellt. Seine durch den Verbandsvorstand vollzogene Auflösung war danach nur noch die Form, um eine reinliche Scheidung herbeizuführen.

Die Mitglieder des aufgelösten Bezirksvereins Aue, die dem Verbande die Treue bewahren und ihre Mitgliedschaft fortsetzen wollen, haben dazu Gelegenheit erhalten. Mit der Führung der Verwaltungsgeschäfte ist der bisherige Geschäftsführer des Vereins, Kollege Josef Müller, Aue, Schwarzenbergstraße 48, betraut worden. In diesen sind alle für unsern Verband in Aue bestehenden Postsendungen zu richten. Nur von ihm sind Beitragsmarken, „Grundstein“ usw. zu beziehen. Die Hilfsstärker der Zahlstellen haben jede Verbindung mit dem bisherigen Bureau, Mehrnerstraße 14, zu lösen und über alle Gelder, Wertpapiere, Beitragsmarken nur mit dem Kollegen S. Müller abzurechnen.

Der Verein Aue zählte am Schluß des 2. Quartals 1704 Mitglieder. Es darf angenommen werden, daß ein großer Teil davon nicht gewillt ist, sich die im Verbands durch langjährige Mitgliedschaft erworbenen Rechte freilich zu lassen durch eine Winderbeit, die in ihrer Verletzung den Titeln der kommunistischen Gewerkschaftsgerötter nachläßt. Die Mehrzahl der Mitglieder wird den Verband, die einzige Waffe in dem Kampfe um bessere Lebensverhältnisse, stark und schlagkräftig erhalten wollen. Das Gegenteil wäre ja geradezu unnatürlich. Diese Mitglieder müssen jetzt ihre bessere Einsicht der Unbenunft entgegenstellen, sich zusammenschließen und mit allen Kräften an dem Wiederaufbau des Vereins arbeiten. Weggangen ist schon damit. Ganze Zahlstellen haben erklärt, auch ferner zu unserm Verbande gehören zu wollen.

Mitglieder von Aue und Umgegend, ans Werk! Nicht die Guren Verein in aller Stärke wieder auf, damit er allen Stürmen trotz, wie es der alte Verein getan hat, ehe Gewissenslosigkeit und Unbernunft ihn auseinandertrieb.

Arbeitsmarkt.

Den Baugeschäften zur Beachtung. Wer durch Anzeige im „Grundstein“ Bauarbeiter anwerben will, lasse die Anzeige durch die Hände unserer örtlichen Vereinsleitung gehen. Anzeigen werden nur mit deren Zustimmung und dann unentgeltlich aufgenommen.

In Köln a. Rh. sucht das Baugeschäft Peter Uerz tüchtige Maurer, Stundenlohn 115 M., Verpflegung an der Baustelle. Bei günstiger Witterung während des ganzen Winters Arbeit. Zu melden bei Peter Uerz, Baustelle Kraftwerk Zukunft, Weisweiler (Rh.).

Berichte.

Aalen. Der Klassenbericht ergab im 3. Quartal für die Hauptklasse eine Einnahme von 78 881,20 M. Für die Vereinskasse wurden 26 586,96 M. eingenommen. Bei 8549,36 M. Ausgaben verbleiben ihr als Kasienbestand 18 127,60 M. 50 Mitglieder sind neu aufgenommen worden. Die Bauqualität war gut und bietet auch für das 4. Quartal noch gute Aussicht auf Beschäftigung. In der Generalversammlung am 22. Oktober fand die Tätigkeit der Vereinsleitung volle Zustimmung. Kollege Seugle aus Stuttgart hielt einen Vortrag über die baugewerbliche Sozialisierung. In Aalen,

leichtverständlichen und überzeugenden Ausführungen betonte er die Unentbehrlichkeit der sozialen Baubetriebe für die Förderung des Wohnungsbaues. Ihre Tätigkeit hatte bis jetzt schon eine Verbilligung des Bauens zur Folge. Damit dem schrankenlosen Profitstreben und dem Bauhofsnutzen noch wirksamer als bisher entgegengetreten werden kann, ist es notwendig, daß alle Bauarbeiter die baugewerbliche Sozialisierung nach besten Kräften unterstützen. Für das 4. Quartal ist ein Sozialisierungsbeitrag von wöchentlich 10 M. festgesetzt worden. Ist dieser Beitrag auch freiwillig, so muß sich doch jeder Kollege verpflichtet fühlen, ihn zu leisten. Die Kollegen sollten deshalb beschließen, daß er von allen Bauarbeitern gezahlt werden muß. Die baugewerbliche Sozialisierung bahnt den Weg zur Volksozialisierung, zur endgültigen Befreiung der Arbeiterchaft aus der privatkapitalistischen Wirtschaft.

Ammberg. Dem Bericht vom dritten Quartal ist folgendes zu entnehmen: Die Mitgliederzahl besteht aus 779 Maurern, 27 Holzern, 21 Betonarbeitern, 680 Hilfsarbeitern, 5 Schächtleistern, 331 Erdarbeitern und 32 Lehrlingen. Neu eingetretene sind im dritten Quartal 99 Mitglieder, zugetreten 17, übergetreten 48, abgetreten 53, gestorben 2, ausgetreten 11, übergetreten in andere Organisationen 58, gestrichen wurden 18. Von den 1823 Mitgliedern hatten 38 Beitragsfreie. Die gesamte Einnahme hat 771 562,54 M. ergeben, die Ausgabe betrug 734 943,17 M., die Kasse hatte demnach eine Mehrerinnahme von 36 619,37 M. Das Quartal schloß mit einem Kasienbestand von 95 541,91 M. ab. Als Unterstützungen wurden 6661 M. ausgegeben. Trotz „Hochkonjunktur“ mußten einige hundert Mitglieder auswandern und sich in den Nachbarbezirken Erwerb suchen, weil die Bautätigkeit im Bezirksbezirk zu gering war. Große Bauten schloßen. 31 Arbeitslose feierten rund 500 Arbeitstage, 7 erkrankte Mitglieder 47 Tage. Der neue Bezirksarbeitsvertrag wurde angenommen, doch war die Teilnahme an der Abstimmung flau, sie betrug nur 12 % der Mitglieder. Wegen Ferienänderung mußten 4 gerichtliche Prozesse anhängig gemacht werden, wegen Lohnminderungen 7 und wegen Lohnsenkungsdauerforderungen 3. Von diesen Prozessen befinden sich noch 6 in der Schwelbe, wie auch die von 52 Arbeitern gegen eine Tiefbaufirma schon im Jahre 1921 angebrachte Klage. 48 Beschwerdefälle konnten ohne Klageerhebung auf gutlichem Wege beigelegt werden. Lieber eine bessere Ferienänderung als der Reichsarbeitsvertrag ist vorzuziehen, war mit dem Unternehmerverband keine Einigung zu erreichen. Der Bauarbeiter- und Zimmererstreik mußte leider verlorengelassen, weil seine Urheber glaubten, ohne gewerkschaftliche Leitung auskommen zu können. Daß der anfänglich erhobene Vorwurf irrig ist, wonach die Gewerkschaftsleitung den unglücklichen Ausgang des Streiks verschuldet haben sollte, davon sind jetzt auch die meisten der davon betroffenen Kollegen überzeugt, nachdem sich mehr und mehr herausgestellt hat, daß die Forderung der Mitglieder erst in zweiter Linie die Triebabfeder des Streiks war. Die am 22. Oktober abgehaltene Generalversammlung hat den Geschäfts- und Kasienbericht einstimmig gutgeheißen. Eine Anzahl sich Opposition im Bauarbeiterverband nennende Mitglieder hatten ihre Gesinnungsgenossen durch den Chemnitzer „Kämpfer“ zu einer Konferenz vor der Generalversammlung eingeladen. Der Zweck war unklar zu erraten. Ihr Antrag auf Neuwahl des Vereinsvorstandes und Abberufung der Leitung fand in der Generalversammlung nicht einmal die nötige Begründung. Dasselbe war der Fall bei einem Antrag auf Ausschluß von 4 Oppositionsmitgliedern. Ueber beide Anträge ging die Generalversammlung zur Tagesordnung über. Die von jener Seite angekündigte „Mündung des Verbandsbureaus“ entpuppte sich als Aufschneidererei. Beschlossen wurde, das Eintrittsgeld auf 30, 60 und 150 M. festzusetzen. Der Einheitsbeitrag bleibt bestehen. Ein Vortrag des Vorstandskollegen Köpfer aus Hamburg über „Geldentwertung und Gewerkschaften“ wurde beifällig aufgenommen.

Understadt. Eine am 22. Oktober abgehaltene Mitgliederversammlung hat beschlossen, die Versammlungen an jeden ersten Sonntag vormittags 11 Uhr, im „Reichslof“ abzuhalten, und zwar beginnend mit dem Monat November. Im „Reichslof“ werden auch an jedem Sonntag, vormittags von 10 bis 11 1/2 Uhr, die Beiträge entgegengenommen.

Merzbürg. Franz Dingnau f. Der Verein Merzbürg hat einen jäherlichen Verlust erlitten. Am 24. Oktober ist sein Vorsitzender und erster Geschäftsführer, Kollege Franz Dingnau, im besten Mannesalter, 39 Jahre alt, der Lungentuberkulose erlegen. Seine Frau sowie 6 Kinder, von denen erst 2 für sich selbst sorgen können, sowie eine hochbetagte Mutter verloren in ihm ihren Ernährer. Kollege Dingnau war ein sehr tüchtiger Verbandsmitglied. Im Jahre 1906 als Dreiwandlungsmitglied in den Verband eingetreten, hat er in verschiedenen Vereinen gearbeitet und überall Anteil genommen an der Verbandsarbeit. Auch in der Bezirksleitung des Bezirkes Königseeberg hat er mitgearbeitet und den Bezirksleiter gelegentlich vertreten. Seit September 1921 war er als erster Geschäftsführer im Verein Merzbürg angestellt. Sein Fleiß und sein stets tatbereites Eintreten für die Mitglieder seines Vereins stärkten ihm ihr Vertrauen in vollen und verdientem Maße. Am 27. Oktober ist Dingnau zur letzten Ruhe bestattet worden. Alle Kollegen, die ihn kannten, werden dem so früh Dahingegangenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Reutlingen. Wie Kollege Ruff in der am 22. Oktober in Gomaringen abgehaltenen Quartalsversammlung berichtete, stand das verfloßene Quartal vollständig im Zeichen der Lohnbewegung. Verhandlungskommission und Bezirkslohnrat hätten eine schwierige Aufgabe zu bewältigen. Jede Lohnbewegung erfordert eine große Arbeit. Die Unternehmer erhalten die Lohnvereinbarungen von dem Bauarbeiterverband durch die Post zugestellt. Ihre oft gebrauchten Ausreden, von den Erhöhungen nichts gewußt zu haben, sind somit nicht haltbar. Gatten wir vor 2 Jahren noch Schwierigkeiten mit der Anerkennung des Tarifvertrages, so werden die erhöhten Löhne jetzt in der Regel immer sofort ausbezahlt. In Reutlingen, wo die Unternehmer immer wieder versuchen, die Hilfsarbeiter weit unter dem Tarif zu entlohnen, haben sie sich kürzlich nach Verhandlungen auf dem dortigen Rathaus bereitwillig, die Tariflöhne zu bezahlen. Auch in Gomaringen ist eine Firma versucht, die Tariflöhne zu umgehen. Die Stundenlöhne betragen für Maurer am 1. Juli 29,70 M., am 20. Oktober dagegen 117 M. Die Gipser erhalten dazu einen Aufschlag von 10 %, die Hilfsarbeiter erhalten 5 % weniger

als die Maurer. In die Verantwortlichkeit fiel auch der Abschluß des Bezugsvertrages für Württemberg. Jedem Mitgliede ist ein Abruch des Vertrages kostenlos zur Verfügung gestellt worden. Ein Teil der Unternehmer streift sich immer noch ihren Arbeitern Ferien zu gewähren. Sie gibt es auch Arbeiter, die nicht den Mut aufbringen, ihre Ferien zu verlangen. Solche Arbeiter brauchen allerdings auch keinen Urlaub. Bis der Urlaub restlos durchgeführt ist, wird es noch mancher Kämpfe bedürfen. Für den Bauarbeiter ist die tatkräftige Mitarbeit aller Kollegen erforderlich, soll ihr Leben und ihre Gesundheit auf den Baustellen sichergestellt werden. Die Firma Geiner Stöder aus Köln, die zuerst in Pfullingen einen Fabrikneubau in Auftrag hat, kann sich an den Bauarbeiter nicht gewöhnen. Am 17. August wurde sie von uns aufgesucht, den Arbeitern einen Unterrichtsraum zu beschaffen. Versprechungen wurden wohl gemacht, aber nicht gehalten. Am 7. September wurde dann das Ortsbauernkontrollamt in Pfullingen und am 20. September das Oberamt Neutingen um Hilfe angegangen. Eine Nachricht haben wir von beiden Behörden nicht erhalten. Am 21. Oktober wurde der Geschäftsführer bei der Firma nochmals vorbestellt. Läßt sie auch jetzt keinen Unterrichtsraum beschaffen, bei den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, so wird bei ihr die Arbeit eingestellt werden. Wenn die Behörden versagen, sind die Arbeiter zur Selbsthilfe gezwungen. Die Werksarbeit war sehr schlecht. Sie brachte 192 Neuaufnahmen. Die in der Berichtszeit abgehaltenen 52 Versammlungen waren zufriedenstellend besetzt. Der örtliche Bauarbeiterverband hat in unserm Vereinsgebiet vergeblich versucht, Mitglieder unseres Verbandes zu sich herüberzuziehen. Ebenso vergeblich hat man von kommunistischer Seite versucht, die Bauarbeiter zu verunglimpfen. Zwei wüde Versammlungen, die gegen das Verhalten von Kasprow sowie gegen die Lohnpolitik Stellung nehmen sollten, sind häufig gestört. Sie waren für die Tätigkeit unseres Verbandes ein glänzendes Zeugnis; denn unsere Kollegen haben es abgelehnt, die Versammlungen zu besuchen. Beide Versammlungen hatten kaum ein Wackerredendes Teilnehmer aufzuweisen. Unsere Kollegen besuchen nur solche Bauarbeiterversammlungen, die von der Verbandsleitung einberufen werden. Der Kassenericht ergab als Einnahme für die Hauptkasse 500 067,10 M., ausgeandt wurden ihr 374 628,90 M., 123 572 M. verblieben als Anteile der Vereinskasse. Diese hatte eine Einnahme von 179 923,57 M., der 114 884,24 M. als Ausgaben gegenüberstehen. Als Kassenschatz verblieben ihr somit 65 039,33 M. Der Geschäftsführer erhielt einstimmig Entlassung erteilt. Beschlossen wurde, dem Hilfskassierer für das 4. Quartal für jede verkaufte Beitragsmarke 5 M. als Entschädigung zu gewähren. Die nächste Generalfversammlung wird in Kirchentellinsfurt abgehalten werden.

Soziale Baubetriebe.

Bauhüttenbetriebsverband Hessen, Hessen-Nassau, G. m. b. H. Dem am 14. September der Gesellschafterverammlung erstatteten ersten Geschäfts- und Jahresbericht ist erfreulicherweise zu entnehmen, daß der Verband in seinem Bestreben, die Bauauftraggeber, öffentlichen Körperschaften und kreuzänderlich zu beschützen, den Preisvereinbarungen (Vingebildungen) der Privatunternehmer zu begegnen, erfolgreich gearbeitet hat. Dadurch daß den Arbeitern in der Betriebsleitung eingeträumt wurde, ist die Arbeitsfreudigkeit gefördert worden. Die Bilanzen der einzelnen Betriebe ergaben gute Fortschritte. Die Betriebe sind in jeder Hinsicht gesund aufgebaut und kommen gut vorwärts, trotz des Kampfes, den das Unternehmen, unterstützt durch beherrschende Stellen und parteipolitisch verbundene Arbeiter, gegen sie führt. Wie vorzuziehen und anzustellen ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht in der Betriebsleitung eingeträumt wurde, ist die Betriebsfreudigkeit gefördert worden. Die Bilanzen der einzelnen Betriebe ergaben gute Fortschritte. Die Betriebe sind in jeder Hinsicht gesund aufgebaut und kommen gut vorwärts, trotz des Kampfes, den das Unternehmen, unterstützt durch beherrschende Stellen und parteipolitisch verbundene Arbeiter, gegen sie führt. Wie vorzuziehen und anzustellen ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht in der Betriebsleitung eingeträumt wurde, ist die Betriebsfreudigkeit gefördert worden.

Die Gesellschafterverammlung stimmte dem Bericht zu und erteilte der Geschäftsführung wie dem Aufsichtsrat einstimmig Entlassung. Die Satzungen wurden der Anfechtung durch den Gemeinnützigkeit entsprechend abgeändert und das Gesellschaftskapital von 500 000 M. auf 1 850 000 M. erhöht. Zeichnet sich der Verband sozialer Baubetriebe, die Bauhütten sowie die gewerkschaftlichen Kreisländer der Bauarbeiter, Dachdecker, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Maler, Tischler, Zimmerer, Metallarbeiter, Steinsetzer, Transportarbeiter, Zimmerer und der Bund der technischen Angestellten. Damit die Bauhütten die an sie herantrahenden großen Aufgaben erfüllen können, werden die Gewerkschaften des Bezirkes aufgerufen, die Bauhüttenbewegung zu unterstützen, sich als Gesellschafter an dem Bauhüttenbetriebsverband zu beteiligen und Stamkapital zu setzen. Nähere Auskunft ist am Sitz der Gesellschaft, Frankfurt a. M., Hochstraße 1, zu erhalten.

Internationale Bauarbeiterbewegung.

Frankreich.

In Mülhausen im Elsaß stroiken die Gips- und Stukkateure. Der Ort ist gesperrt und Zuzug strengstens fernzuhalten.

Wom Bau.

Annaberg. Am Schuppenbau der Firma Mehner kam durch Reizen einer Seite plötzlich ein Teil des etwa 8 m hohen Gerüstes in eine schiefe Lage, wodurch 3 Arbeiter, und zwar je ein Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter, abstürzten. Einer der 3 Abgestürzten erlitt einen Beinbruch; die Verletzungen der anderen beiden sind unbekannt, doch sind sie ebenfalls erwerbsunfähig. Die Eigenart des Baues, Errichtung eines eisernen schalenartigen Pfeckens in ungefähr 12 m Höhe, der Transport der bis zu 100 Zentner schweren Elemente erfordert ein entsprechend sicheres Gerüst und eine besondere Aufsichtsführung. An beiden hat es nach

Gelöbniß zum 9. November.

Die Arbeiterklasse sieht einem schlimmen Winter entgegen. Immer höher steigen die Preise jeglichen Lebensbedarfs, immer mehr verliert das Arbeitseinkommen, allen Lohnerhöhungen hohnsprechend, an Kaufkraft.

Sollen wir das drohende Unheil als unabwendbar ansehen und es tatenlos über uns hereinbrechen lassen?

Nein! Ein richtiger Gewerkschafter läßt den Kopf nicht hängen und legt die Hände nicht in den Schoß. Die drohende Gefahr feuert ihn an, mit doppelter Kraft an der Festigung und an dem Ausbau seiner Gewerkschaft zu arbeiten. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände sind ständig bemüht, Parlamente und Regierungen zu Maßnahmen zu veranlassen, die allen Lohn- und Gehaltsempfängern, wie dem unermittelten Volke überhaupt, das schwere Los erleichtern. Dieser Tätigkeit gibt der wahre Gewerkschafter durch seine Werbearbeit für starke, durch die Einigkeit ihrer Mitglieder getragene Gewerkschaften erst den nötigen Nachdruck.

So wollen wir es auch in unserm Verbands halten. Geht die Bautätigkeit auch ihrer Winterpause entgegen, so wollen wir doch die Zeit ausnützen und mit allen Kräften werden, damit alle dem Verbands fernstehenden Bauarbeiter als treue Mitglieder und als verlässliche Kämpfer gewonnen werden.

Wir wollen aber auch der baugewerblichen Sozialisierung gedenken. Die Revolution hat die sozialisierte Gesellschaft noch nicht gebracht. Aber die organisierte Bauarbeitergewerkschaft hat begonnen, ihr die Wege zu ebnen, indem sie die baugewerbliche Sozialisierungsbewegung ins Leben rief. Wer die sozialen Baubetriebe unterstützt, fördert den Sozialismus und hat dadurch Teil an dem Kampfe gegen jegliche privatkapitalistische Ausbeutung.

Verbandsmitglieder! Zum Jahrestage der Revolution sei es unser Gelöbniß, alle Kräfte einzusetzen

für die weitere Stärkung des Verbandes, für die Förderung der baugewerblichen Sozialisierung!

unserer Meinung gemangelt. Ueberwachung und Kontrolle der Bauten durch Kontrollkreise aus Arbeiterkreisen wurde öfter gefordert, aber leider bisher von der Besörde abgelehnt.

Augsburg. Im neuen Friedberg hat ein Unfall drei Bauarbeitern das Leben gekostet. Dort wird zurzeit ein Hofstall ausgemauert. Um Geld zu sparen, hat man das Einhalten des Grabens unterlassen. Am 21. Oktober, abends, wollten die drei Bergungsläden in 3 m Tiefe Hölzer legen und dabei fiel die Grube zusammen; die Arbeiter wurden verschüttet. Die Ausgrabungsarbeiten hat man sofort begonnen. Ein an Ort und Stelle befindlicher Arzt konnte jedoch nur den Tod der verunglückten Kollegen feststellen. Für den Unternehmer wird der Unfall, mit Recht, ein böses Nachspiel haben. Für unsere Kollegen muß das Verkommen ein Unportent sein, nicht leichtsinnig ihr Leben aufs Spiel zu setzen, selbst wenn dadurch der Profit des Unternehmers eine Einbuße erleidet.

Kassel. Am 11. Oktober verunglückte der Kollege Engelhardt während des Abbaus der Verkleidung des Schiebes. Er stürzte beim Arbeiten in den Gefährtenlagen der Schiebesöhne aus. Hierzu mußte er einen Holzrahmen in einer Vertiefung einbauen, wobei er sich auf den Wauch legen mußte, um die Arbeiten ausführen zu können. In dieser Zeit wurde die Bühne von ihrem Führer in Bewegung gesetzt mit der Richtung nach Obwärts. Dieser soll angeblich "Halt!" gerufen haben; dieses ist aber bei dem furchtbaren Getöse in der Halle von dem Bühnenführer nicht gehört worden. Der Führer hat den Bergungsläden, da er auf der Erde lag, nicht gesehen und ist der Meinung gewesen, daß das Getöse frei sei. Obward wurde nun von der Bühne gegen einen kleinen Betonpfeiler geschossen, so daß der Tod kurz darauf eintat. Der verunglückte Kollege gehörte zu den besten in unserm Bezirksverein. Der Unglücksfall hätte vermieden werden können, wenn ein Posten aufgestellt worden wäre, der die Arbeitsstelle übersehen und die nötigen Warnungszeichen geben konnte, oder aber die Arbeiter hätten ausgeführt werden müssen, wenn die Bühne außer Betrieb gesetzt war. Am 2. August der Schriftleiterin berichtet werden müssen, während Schiebesöhnen oder ähnliche Transportanlagen in Betrieb sind. Unsere Kollegen sollten sich strikte weigern, derartigen Verlangen nachzugeben.

Goslar. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 14. Oktober auf einem Umbau in Bad Harzburg. Der Bauherr Weiland hatte seine Lehtlinge beauftragt, das Dachgerüst zu reinigen; die Lehtlinge haben dann sämtliche Ueberreste von oben herabgeworfen, ohne daß der Bauherr für die nötige Abwehrung gesorgt hatte. Kollege Oberwall, der im Bau beschäftigt war und einen Stiegel holen wollte, als die Lehtlinge gerade ein etwa 1 1/2 m langes und 10 cm starkes Stück Holz herabwarfen, wurde davon so unglücklich am Kopfe getroffen, daß er zum Tode verurteilt und ins Krankenhaus geschafft werden mußte. Welche inneren Verletzungen er erlitten hat, konnte noch nicht festgestellt werden. Ob von oben der Warnungsruf kam, hatte das Stück Holz Oberwall bereits getroffen. Bei diesem Unfall zeigt es sich wieder, wie gleichgültig oft über

die Unfallverhütungsvorschriften hinweggegangen wird. Wäre abgeprüft gewesen, so wäre er vermieden worden. Wenn ein Bauherr seine Arbeiter beauftragt, solche Arbeiten auszuführen, so müssen unsere Kollegen zu ihrer Sicherheit dafür Sorge tragen, daß vorchriftsmäßige Abwehrungen vorgenommen werden.

Sagen. Submissionsblüte. Für den Justizneubau waren die Erd- und Bauarbeiten ausgeschrieben. 18 Firmen, darunter 8 Sagen, hatten Angebote eingereicht. Die Mindestforderung betrug 66 886 090 M., die Höchstforderung 112 698 577 M. Der Unterstich betrug also 46 Millionen Mark. Mit den Ausschichtungsarbeiten soll in diesen Tagen begonnen werden. — Natürlich werden die Preise freibleiben abgegeben sein. Bei einem derartig großen Preisunterstich entsteht doch die Frage, ob der billige Unternehmer auf die größere Ausbeutungswilligkeit seiner Arbeiter verläßt oder ob er dem Staat als Auftraggeber minderwertige Arbeit aufzuhängen geneigt, oder ob der teuerste Anbieter es darauf angelegt hat, für sich ein paar Duzend Millionen Mark als Sonderprofit locker zu machen. Will der Staat sich vor der Gefahr schützen, übers Ohr gefahren zu werden, so muß er sich der sozialen Baubetriebe bedienen.

Saunm. Am 5. Oktober ereignete sich auf der Besche "Königsborn" in Wöden ein bedauerlicher Unglücksfall. Die Bauarbeiter Rißto und Köpfer waren am Ausheben einer etwa 6 m tiefen Baugrube beschäftigt. Wöchlich stürzte die nicht abgestützte, feile Seilwand ein und begrub die beiden Arbeiter. Der Arbeiter Köpfer kam mit leichten Verletzungen davon, der Arbeiter Rißto konnte nur als Leiche geborgen werden. Es ist kaum glaublich, daß es Bauaufsichtsbeamte gibt, die solche Arbeiten ausführen lassen, ohne die baupolizeilichen Vorschriften zu befolgen. Wie gemächlich, so schief auch diesmal der eine die Schuld auf den anderen. Der Bauarbeiter Nagel, der die Arbeiten leitete, behauptet, er dürfe ohne Zustimmung des Bauführers nicht absteigen lassen. Der Bauführer sagt wieder, Nagel war Schichtmeister und trägt die Verantwortung. Wir fordern die Baupolizei auf, besser ihres Amtes zu wachen! Ebenfalls beweist dieser Unglücksfall die so notwendige Anstellung von Baukontrollleuten aus Arbeiterkreisen.

Schweidemühl. In der Zeit vom 1. Oktober 1921 bis zum 30. September 1922, also innerhalb eines Jahres, hat nicht, und zwar in der Regel jede Baustelle zweimal in der Woche, kontrolliert wurden 86 Neubauten, davon waren 50 Wohnhäuser, darunter 9 Reihenhäuser und 14 Doppelhäuser; ferner 4 öffentliche Gebäude, 4 Werkstätten, 2 Magazine und 26 Ställe. Dazu kamen 61 Auf-, Um- und Umbauten sowie 4 Überbrücke und 12 Gerüste. Beantstandungen gab es in großer Zahl. So waren Gerüste in 52 Fällen mangelhaft. Sie waren entweder so schmal oder nicht genügend abgedeckt, nachlässig abgesteift oder sonst zu schwach. Aufrechter hatte man ohne Kragnen verlängert, Gerüste auf Kräften, Tonnen oder Steinplatten errichtet. Würdiger, Schuß- und Fanggerüste, namentlich beim Ueberziehbandmauern, fehlten in mehreren Fällen. Leitern waren in 6 Fällen unzureichend. Balkenlagen, Treppenaufsteige und sonstige Öffnungen waren in 54 Fällen gar nicht oder unzureichend abgedeckt. Verbandszeug fehlte in 25 Fällen ganz; in 8 Fällen war es unzulänglich. Die Unfallverhütungsvorschriften waren in 9 Fällen nicht ausgehängt. Baubuden fehlten an einem Bau ganz. 46 Baubuden wiesen die bekannten Mängel auf. Sie waren zu klein oder unbillig, hatten keine Sitzgelegenheit, keine Fenster oder keine Türen. In 11 Fällen dienten sie auch als Wauflügel und in 12 Fällen hielt man eine Meinung für überflüssig. Aborte fehlten an 4 Baustellen, auf 14 Baustellen waren sie ohne Dach oder mangelhaft gegen Wind und Wetter und gegen Einsteifen abgedichtet. In einem Falle diente ein Latenverfahlg als Abort. Auf 2 Überbrücken arbeitete man infolgedessen unvorschriftsmäßig, als man Wände von unten ausstemte und so zu Fall brachte.

In 29 Fällen wurden vorhandene Mängel sofort beseitigt; in 20 Fällen bedurfte es einer Zwangsverfügung. In anderen Fällen waren die Mängel bis zur nächsten Kontrolle beseitigt oder durch den Fortgang der Arbeit hinlänglich geworden. Eine Baustelle mußte wegen Einjurzgefahrs gesperrt werden. 76 Baustellen wurden ohne baupolizeiliche Genehmigung ausgeführt. Im Laufe des Jahres hat der Baukontrollleur 427 baupolizeiliche Kontrollfahnen bearbeitet. Auch dieser Bericht zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die Bauarbeiter Leben und Gesundheit auf der Baustelle nur schützen können, wenn sie den Baukontrollleur unterstützen, indem sie mit aller Strenge auf die Durchführung der Schutzvorschriften achten.

Bücher und Schriften.

Gildensozialismus, Klassenkampf, Volksozialisierung. Von Otto Neurath. Verlag: Kaden & Co., Dresden. 48 Seiten 80 M. Der Verfasser, durch seinen Kampf für die Sozialisierung in politischen Kreisen bekannt, leitet gegenwärtig die Zielungs-, Wohnungs- und Baugilde Österreichs. Seine Schrift schildert in drei Abschnitten die Zusammenhänge zwischen Gildenbewegung und Klassenkampf, Partei und Gewerkschaft sowie der Gemeinwirtschaft. In einem Anhang leitet der Leser dann den Aufbau der Zielungs-, Wohnungs- und Baugilde Österreichs kennen. In lebendiger und lebensnaher Darstellung, die aus Quellen eigenen Studiums und aus eigener Erfahrung schöpft, zeigt die Schrift Möglichkeiten und Möglichkeiten der Sozialisierung. Von dem Gildensozialismus in Deutschland, also von unserer Bauhüttenbewegung, sagt der Verfasser: Soweit er dies auf dem Gebiete des Bauwesens beobachtet, aber nicht aus einem Streben nach Freiheit heraus, sondern infolge der Zerstückelung, zu der Deutschland überhaupt neigt. ... Dabei ist der Einfluß der Gewerkschaften auf die Gildenentwicklung nicht durchaus geringfügig. Die Spaltung der Arbeitergewerkschaften mit dazu bei, das Gebäude der neuen Wirtschaft von unten her zu zerstören zu machen. (Seite 15.) Inwieweit hat Otto Neurath die deutsche Bauhüttenbewegung, als er seine Schrift abgabte, noch nicht so genau übersehen können, wie dies zu einem richtigen Urteil nötig ist. Von einem Kartellismus kann in der jedenfalls keine Rede sein. Der Verband sozialer Baubetriebe arbeitet mit seinen Unterverbänden, den Bauhüttenbetriebsverbänden, und diese helfen und beraten die örtlichen

